

Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 70 (1979)

Heft: 20

Vorwort: Präsidialansprache anlässlich der Generalversammlung des VSE vom 31. August 1979 in Zofingen = Exposé du président lors de l'Assemblée générale de l'UCS du 31 août 1979 à Zofingue

Autor: Schulthess, H. von

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Präsidialansprache anlässlich der Generalversammlung des VSE vom 31. August 1979 in Zofingen

Von H. von Schulthess

Erstmals in der vierundachtzigjährigen Geschichte unseres Verbandes treffen wir uns zu unserer Generalversammlung in diesem sympathischen Städtchen Zofingen, an welchem so viele täglich per Bahn oder Auto lediglich vorbeiflitzen. Bemerkenswerte historische Bauten, die Gründung der Studentenverbindung Zofingia im Jahre 1819 und der Sitz eines einflussreichen Zeitschriftenverlages bezeugen, dass interessante Orte oft in nächster Nähe liegen. Möglicherweise hat aber die Tatsache, dass Zofingen genau in der halben Luftdistanz zwischen Bern und Zürich liegt, für unsere heutige Versammlung fast symbolische Bedeutung: Die Energiewirtschaft in ihrer Gesamtheit und mit ihr die Elektrizität stehen heute im Zentrum der Auseinandersetzung darüber, wie viel obrigkeitliche Befehle aus Bern inskünftig nötig oder wünschbar wären und was die freiheitlichen Kräfte unserer tatkräftigen Wirtschaft mit ihrer Zürcher Metropole vermögen. Zu viel von Bern wäre zweifellos unbekömmlich – alles auf Zürich zu setzen, ein gewagtes Spiel. Also lasst uns die Lösung in Zofingen suchen!

Wir danken den städtischen Werken von Zofingen und dem Aargauischen Elektrizitätswerk bestens für ihre freundliche Einladung, uns hier zu versammeln. Wir sind gerne gekommen, freuen uns, diesen Ort besser kennenzulernen und hoffen, dass der symbolischen Bedeutung auch entsprechende Taten folgen mögen.

Seit unserer letzten Generalversammlung in St. Moritz haben wir eine ereignisreiche, ja zeitweise recht stürmische Wegstrecke zurückgelegt. Meilensteine waren die Veröffentlichung des Schlussberichtes für eine Gesamtenergiekonzeption, der leidenschaftliche Abstimmungskampf um die Atominitiative, der Störfall im Kernkraftwerk von Harrisburg, die Revision des Atomgesetzes, die Aufnahme des Probebetriebes im Kernkraftwerk Gösgen und nicht zuletzt die markanten Preissteigerungen für Heizöl und Benzin. Ein Blick in die Zukunft lässt die Grössenordnung der Probleme unserer Energieversorgung erahnen, denen wir im kommenden Jahrzehnt begegnen werden. Auch wenn es zwischendurch Atempausen geben kann, dürfen wir angesichts der Vielzahl der nötigen Massnahmen und der langen Zeit, die ihre Verwirklichung braucht, uns nicht mehr mit langatmigen Debatten, Gutachten aller Schattierungen und noch so gut dokumentierten Sparappellen zufriedengeben. Klare Entschlüsse auf politischer Ebene und zielstrebiges Handeln der zuständigen Behörden sind dringend nötig, wenn wir allesamt nicht in höchst unangenehme Lagen hineingetrieben werden sollen. In dieser Situation dürfte es nützlich sein, eine kurze Standortbestimmung unserer Elektrizitätswirtschaft zu skizzieren. Zunächst einige einfache Tatsachen.

Der gesamte Energiekonsum war 1978 in unserem Lande praktisch gleich gross wie 1973, dem letzten Hochkonjunkturjahr, nämlich 673000 Terajoule an Endenergie. Vor fünf Jahren wurden 80 % dieses Konsums mit Erdölprodukten gedeckt, während es im vergangenen Kalenderjahr noch 75,3 % waren. An dieser zwar bescheidenen, aber dennoch erfreulichen Substitution von Erdölprodukten waren das Erdgas mit 2,5 % und

Exposé du président lors de l'Assemblée générale de l'UCS du 31 août 1979 à Zofingue

Par H. von Schulthess

Dans les 84 ans d'existence de l'UCS, c'est pour la première fois que nous tenons notre Assemblée générale dans cette charmante cité de Zofingue. Etant située un peu à l'écart du grand axe routier et ferroviaire, Zofingue est presque ignorée des voyageurs qui passent à côté sans savoir ce qu'ils ratent d'intéressant. De nombreux indices témoignent de son attrait: des bâtiments historiques remarquables, la fondation en 1819 de la société d'étudiants «Zofingia», la présence d'une importante maison d'édition. Le fait que notre Assemblée générale se tient à Zofingue, située à mi-chemin entre Berne et Zurich, pourrait presque avoir un caractère symbolique. L'économie énergétique et avec elle l'économie électrique sont actuellement impliquées dans la controverse sur la question centrale de savoir combien de dirigisme de la part de Berne serait à l'avenir nécessaire ou souhaitable, et quelle dose serait supportable pour les forces libérales de notre économie dynamique dont Zurich est la métropole. Trop de cuisine de Berne serait sans aucun doute indigestible; tout miser sur Zurich un jeu hasardeux. Cherchons donc la solution à Zofingue, le juste milieu!



Nous remercions les Services industriels de Zofingue et les Entreprises d'électricité argoviennes de nous avoir aimablement invités à nous rassembler ici. Nous avons accepté avec plaisir, nous nous réjouissons d'avoir l'occasion d'apprendre à mieux connaître Zofingue, et nous espérons que la signification presque symbolique du lieu de notre réunion sera comprise comme telle.

Depuis notre dernière Assemblée générale qui s'est tenue à St-Moritz, nous avons traversé une période riche d'événements, voire fort mouvementée. Les faits marquants en furent la publication du rapport final sur la conception globale de l'énergie, la campagne référendaire passionnée autour de l'ini-

die Elektrizität mit 2,2 %, entsprechend 4,1 Milliarden kWh beteiligt.

Der Bedarf an elektrischer Energie betrug im Kalenderjahr 1978 in unserem Lande ohne Berücksichtigung der Transportverluste 32,5 Milliarden kWh. Das sind 3,8 % oder 1,2 Milliarden kWh mehr als im Vorjahr. Allein im vergangenen Winter stieg der Stromkonsum gegenüber dem Vorjahr um 4,9 % an. Die Zuwachsraten liegen in letzter Zeit also über den Annahmen des GEK-Berichtes.

Wenn man danach fragt, wer denn mehr Elektrizität als im Vorjahr verbraucht habe, so dominiert die sehr heterogene Gruppe, die in der Statistik unter der Bezeichnung «Haushalt, Gewerbe und Landwirtschaft» figuriert, die aber auch den ganzen Tertiärsektor mit seinen vielfältigen Dienstleistungsbetrieben umfasst. Die Zuwachsraten bei Industrie und Bahnen waren zwar wesentlich tiefer, trugen aber auch zum Mehrkonsum bei. Nach unseren Erhebungen beanspruchte die elektrische Raumheizung im vergangenen Jahr 0,9 Milliarden kWh; ihr Beitrag an die Zuwachsrate betrug im Winterhalbjahr aber nur 0,7 %.

Zur Deckung des Landesbedarfes dienten nach wie vor in erster Linie unsere bewährten Wasserkraftwerke, welche 77 % der gesamten Stromproduktion lieferten. Sie vermochten allerdings nicht mehr die Rekordzahlen des wasserreichen Vorjahres zu erreichen. Die Kernkraftwerke in Beznau und Mühleberg erzielten wiederum Spitzenwerte bezüglich Verfügbarkeit und lieferten knapp 19 % der Landesproduktion. Dabei kann das Werk Beznau I bereits auf eine sehr erfolgreiche zehnjährige Betriebszeit zurückblicken. Die gesamte Landesproduktion erreichte einschliesslich der ölthermischen Werke rund 42 Milliarden kWh.

Der internationale Verbundbetrieb, bei welchem die Schweiz dank ihrer geographischen Lage eine zentrale Rolle spielt, gestattete wiederum einen lebhaften Energieverkehr über die Landesgrenzen. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 7,6 Milliarden kWh eingeführt und 13,0 Milliarden kWh exportiert, was rein rechnerisch einen Ausfuhrüberschuss von 5,4 Milliarden kWh ergibt. Aussenstehende glauben aus diesen Zahlen einen generellen Produktionsüberschuss in der Schweiz entnehmen zu dürfen und verbreiten unbekümmert die Meinung, es brauche in unserem Lande gar keine neuen Kraftwerke. So bestechend solche Überlegungen auf den ersten Blick erscheinen, so weit sind sie vom tatsächlichen Geschehen entfernt. Weil sich die Elektrizität im Gegensatz zu allen anderen Energieträgern gar nicht lagern lässt, besteht eine wichtige Aufgabe der Elektrizitätswerke darin, jahraus, jahrein in jeder Minute genau gleich viel Strom zu produzieren, wie die Gesamtheit aller Konsumenten gerade zu verbrauchen beliebt. Bei aller Flexibilität im Einsatz unserer Produktionsanlagen und der wichtigen Rolle, welche in dieser Beziehung unsere Speicherkraftwerke spielen, kann diese Aufgabe in sinnvoller Weise nur mit Hilfe des Auslandes, welches uns sozusagen als Puffer dient, gelöst werden. So gibt es Zeiten, wo der Export überwiegt und andere, wo wir auf den Import angewiesen sind. Jede Saldierung über eine grössere Zeiteinheit als die Stunde ist im Grunde genommen falsch, weil eine überschüssige Energieeinheit um Mitternacht nicht gegen eine solche um die Mittagszeit, eine solche im Sommer nicht gegen eine solche im Winter eingetauscht werden kann. So schützte uns beispielsweise ein bedeutender Exportüberschuss im Sommer 1978 nicht vor der Tatsache, dass unsere Versorgung im ver-

tiative antinukleäre, l'incident de la centrale nucléaire de Harrisburg, la révision partielle de la loi sur l'énergie atomique, l'entrée de la centrale nucléaire de Gösgen dans la phase des essais d'exploitation, ainsi que les importantes hausses de prix sur le mazout et l'essence. En ce qui concerne l'avenir, on entrevoit déjà l'ampleur des problèmes énergétiques que nous aurons à résoudre dans la prochaine décennie. Même si nous pouvions jouir d'éventuelles phases de répit, nous ne devons plus, compte tenu de la multitude des mesures nécessaires et du temps qu'exigera leur réalisation, nous contenter de palabrer, de procéder à toutes sortes d'expertises et de lancer poliment des appels aux économies d'énergie. Il faut que des décisions claires soient prises par les politiciens et que les autorités agissent de façon résolue, si nous ne voulons pas aller au-devant de situations extrêmement désagréables. Parvenu ici, il serait peut-être utile de faire le point de l'économie électrique. Voici donc d'abord quelques faits:

En 1978, la consommation totale d'énergie a été avec 673 000 térajoules à peu près égale à celle de 1973, dernière année de haute conjoncture. Il y a cinq ans, la part des produits pétroliers était de 80 %; l'année passée, elle n'était plus que de 75,3 %. Une substitution modeste mais néanmoins réjouissante a donc déjà eu lieu. Y ont contribué: le gaz naturel à raison de 2,5 % et l'électricité dans une proportion de 2,2 %, équivalant à 4,1 milliards de kWh.

La consommation d'énergie électrique dans l'année civile 1978 a atteint 32,5 milliards de kWh, abstraction faite des pertes de transport. Elle a augmenté de 3,8 % (1,2 milliard de kWh) par rapport à l'année précédente. L'hiver passé, le taux d'accroissement a même atteint 4,9 %. Les derniers taux d'accroissement constatés sont donc supérieurs aux prévisions de la GEK¹⁾.

Qui est à l'origine de cette augmentation? Principalement le groupe de consommateurs très hétérogène figurant dans la statistique officielle sous le nom «Ménages, artisanat, agriculture et services». L'industrie et les chemins de fer ont aussi contribué à l'augmentation, mais dans une mesure moindre. D'après nos statistiques, le chauffage électrique a absorbé l'année dernière 0,9 milliard de kWh. Il n'a contribué à l'augmentation que dans une proportion de 0,7 %.

La couverture des besoins d'électricité a comme par le passé été assurée principalement par nos centrales hydrauliques, puisque leur contribution à la production totale s'est élevée à 77 %. Ces centrales n'ont toutefois plus atteint les chiffres de production records de l'année précédente riche en eau. Les centrales nucléaires de Beznau et de Mühleberg ont à nouveau enregistré des records de disponibilité; leur contribution à la production s'est élevée à 19 %. La centrale nucléaire de Beznau I compte maintenant 10 ans d'exploitation. Les centrales suisses, thermiques classiques y comprises, ont produit au total 42 milliards de kWh.

Le réseau d'interconnexion international, dans lequel la Suisse joue un grand rôle de par sa situation géographique, a de nouveau permis un important échange d'énergie électrique à travers les frontières. L'année passée, la Suisse a ainsi importé 7,6 milliards de kWh et exporté 13 milliards, d'où un solde d'exportation de 5,4 milliards de kWh du point de vue strictement mathématique. Au vu d'un tel chiffre, une personne extérieure à notre branche en déduit facilement qu'il y a surpro-

¹⁾ GEK = Commission fédérale de la conception globale de l'énergie

gangenen Winter von namhaften Importen abhing und während vier Monaten ein Importüberschuss verzeichnet wurde. Diese Realitäten passen leider allzuoft nicht ins Bild gewisser vorgefasster Meinungen und lassen sich nur schwer an den Mann bringen. Es ist deshalb sehr verdienstvoll, dass die Vereinigung exportierender Elektrizitätswerke diese vielfältigen Zusammenhänge in einer Broschüre dargelegt und durch den VSE herausgegeben hat.

Die Veröffentlichung des Schlussberichtes der Eidgenössischen Kommission für die Gesamtenergiekonzeption stiess auf grosses Interesse. Das umfangreiche Dokument fand in weiten Kreisen hohe Anerkennung für seine umfassende und dennoch gut verständliche Darlegung der Lage, denkbarer Massnahmen und damit verbundener Auswirkungen. Mit seiner Vielfalt an Szenarien liefert es die notwendigen Unterlagen, damit die erforderlichen Entscheide auf politischer Ebene gefasst werden können. Zum Leidwesen von Kritikern lässt es sich nicht mit einem einfachen Dafür oder Dagegen abtun, sondern erheischt eine sorgfältige, differenzierte Behandlung. Der Vorwurf, es handle sich um ein von Sonderinteressen der Energiewirtschaft geprägtes Produkt ist unhaltbar und kann nicht gehört werden. Die Hauptfrage, die der Bericht aufwirft, ist zweifellos jene nach der Notwendigkeit eines Energieartikels in der Bundesverfassung und einer allenfalls damit verbundenen Energiesteuer. Die seit der Veröffentlichung erfolgten Preiserhöhungen bei den Erdölprodukten haben die Bedeutung dieser Fragen allerdings erheblich relativiert.

Die Diskussion um den GEK-Bericht wurde sehr rasch von einem Glaubenskrieg um die Kernenergie abgelöst, den die Abstimmung über die Atominitiative vom 18. Februar mit sich brachte. Die Initianten hatten ihr Anliegen in einem ansprechend klingenden aber verfänglichen Text verpackt, beabsichtigten jedoch erklärermassen nichts anderes als die Verbannung der Kernenergie aus unserem Lande. Durch einen weitgehenden Verzicht auf sachliche Diskussion, durch skrupellose Verketzerung und durch Konzentrierung aller unterschwellig vorhandenen Ängste auf die Kernenergie vermochten die Initianten ein bedeutendes, von Emotionen getragenes Kräftepotential zu mobilisieren. Die Befürworter der Kernenergie verfügten demgegenüber zwar über ein wohldotiertes Arsenal an sachlichen Argumenten, deren Wirkungskraft aber in einem solchen Glaubenskrieg relativ stumpf blieb. Zudem versuchten die Initianten, ihre Gegner dadurch mundtot zu machen, dass sie mit identischen Vorstössen in den verschiedensten Parlamenten ihre Informations- und Aufklärungstätigkeit über die Kernenergie zu unterbinden trachteten. Die Schlacht ist geschlagen, aber triumphierende Sieger hat es nicht gegeben. Nach demokratischen Spielregeln wurde die Initiative mit einem relativ knappen Volksmehr und einem deutlichen Ständemehr eindeutig abgelehnt. Angesichts des leidenschaftlich geführten Abstimmungskampfes war die Stimmbeteiligung aber mit knapp 50% bescheiden, was darauf schliessen lässt, dass manche Stimmbürger diesen Glaubenskrieg nicht mitmachen wollten. Trotz der klaren Ablehnung der Initiative sind Spuren dieser Auseinandersetzung zurückgeblieben, die sich nicht so leicht werden verwischen lassen, und vielerorts hat leider die Minderheit mehr Eindruck hinterlassen als die Mehrheit.

Wenige Wochen nach dieser Abstimmung ereignete sich der unglückliche Störfall im Kernkraftwerk Three Mile Island bei Harrisburg, und die Nachrichten trafen bei uns auf eine in

duction d'électricité en Suisse, et certaines répandent sans gêne l'idée que notre pays n'a nullement besoin de nouvelles centrales. Mais, si évident que semble à première vue le rapport entre exportations et importations, la question est quelque peu plus complexe. Contrairement à d'autres énergies, l'électricité n'est pas stockable. Les entreprises d'électricité doivent donc produire jour pour jour, à chaque instant, autant d'énergie électrique qu'il plaît à l'ensemble des usagers de consommer. Malgré toute la flexibilité de nos moyens de production et le rôle déterminant que jouent à cet égard nos centrales à accumulation, la tâche de répondre à la demande d'électricité ne peut être menée à bonne fin qu'avec le concours de l'étranger, qui assure la compensation nécessaire. Il nous arrive ainsi à certaines heures d'exporter plus que nous n'importons, et à certaines autres de dépendre des importations. Tout solde calculé sur plus d'une heure est au fond une illusion, puisqu'un kilowattheure excédentaire exporté à minuit ne peut pas être échangé contre un kilowattheure importé à midi, un kilowattheure exporté en été pas contre un autre importé en hiver. C'est ainsi que, par exemple, malgré notre important excédent d'exportation de l'été 1978, nous n'avons pu, l'hiver passé, assurer l'approvisionnement de la Suisse que grâce à de fortes importations, conduisant pendant quatre mois à un excédent d'importation. Ces réalités sont volontairement ignorées par ceux qui cultivent des idées préconçues, et il est d'ailleurs difficile de les faire admettre à l'homme de la rue. Aussi faut-il louer l'initiative de l'Union des Exportateurs d'Energie Electrique, qui a réalisé et fait publier par l'UCS une brochure d'information expliquant la question complexe des échanges internationaux d'énergie électrique.

Le rapport final publié par la Commission fédérale de la conception globale de l'énergie a été accueilli avec beaucoup d'intérêt. La volumineuse étude a été appréciée par de nombreux milieux pour la façon approfondie et claire dont sont présentées la situation, les mesures possibles et leurs incidences. Les multiples scénarios qui y sont exposés fournissent les éléments de décision nécessaires aux politiciens. Force sera aux adversaires de reconnaître que le rapport ne saurait être catégoriquement rejeté. Il exige un examen consciencieux et nuancé. On ne saurait non plus le qualifier de produit défendant les intérêts de l'économie énergétique. Ce reproche est déplacé et doit être rejeté avec vigueur. La question majeure soulevée par le rapport est celle de savoir s'il convient d'introduire un article constitutionnel sur l'énergie, éventuellement en liaison avec un impôt sur l'énergie. Les hausses de prix sur les produits pétroliers intervenues depuis la publication du rapport ont du reste quelque peu modéré l'importance de ces questions.

Le débat suscité par le rapport final de la GEK s'est bien vite mué en une guerre de religion sur l'énergie nucléaire, en rapport notamment avec la campagne précédant le vote populaire du 18 février sur l'initiative antinucléaire. Les auteurs de l'initiative avaient déguisé leur objectif en l'habillant d'un texte bien sonnante mais insidieux. Ils ne visaient pourtant rien d'autre que de proscrire l'énergie nucléaire en Suisse. En renonçant à discuter objectivement, en diffamant sans scrupules l'énergie nucléaire et en concentrant toutes les peurs latentes sur elle, les auteurs de l'initiative ont réussi à mobiliser un important potentiel de forces fondé sur des émotions. Les partisans de l'énergie nucléaire lui ont opposé un important arsenal d'arguments objectifs, qui a pourtant manqué d'efficacité dans une telle guerre de religion. Les auteurs de l'initiative ont de

höchstem Masse sensibilisierte Bevölkerung. Mit diesem Ereignis erlangte die Frage nach der Sicherheit von Kernkraftwerken wiederum zentrale Bedeutung, und die Art des Informationsflusses leistete Spekulationen aller Art über denkbare Auswirkungen erheblichen Vorschub. Heute wissen wir, dass der Vorfall die Folge einer Kette betrieblicher, menschlicher und technischer Versager war und der dortigen Bevölkerung einen höchst bedenklichen Schrecken eingejagt hat. Wir wissen aber auch, dass selbst beim Eintreten einer derartigen Reihe unglücklicher Umstände das Sicherheitskonzept die Erwartungen erfüllt hat und der Störfall von einer nuklearen Katastrophe weit entfernt war. Bis heute sind keine Schäden an Leib und Leben bekanntgeworden, und laut kompetenter Auskunft sind auch keine Spätschäden zu erwarten. In der Schweiz hat der Bundesrat sogleich nach Bekanntwerden der Ereignisse von Harrisburg eine Überprüfung der bestehenden Werke und einen Unterbruch im Probetrieb von Gösgen angeordnet. Der einige Wochen später abgefasste Bericht der Sicherheitsbehörde an den Bundesrat kam zum Schluss, dass auch unter der Berücksichtigung dieses Störfalles der Betrieb unserer Werke verantwortet werden kann und alles vorgekehrt ist, um ein ähnliches Ereignis bei uns so unwahrscheinlich wie möglich zu halten. Ein letztes Restrisiko wird wie bei allem menschlichen Tun stets verbleiben. Im Vergleich mit anderen Risiken, denen wir uns täglich und oft freiwillig aussetzen, ist es aber ausgesprochen gering.

Am 20. Mai hatten die Stimmbürger ein zweites Mal über einen Aspekt der Kernenergie zu befinden; es ging um die Ergänzung und erhebliche Verschärfung des bestehenden Atomgesetzes in der vom Parlament bereits gutgeheissenen Fassung. Der Abstimmungskampf warf keine grossen Wellen, wurde er doch deutlich von der Finanzvorlage überschattet. Bei einer Stimmbeteiligung von 37 % wurde der Vorlage mit grossem Mehr zugestimmt. Das Gesetz ist am 1. Juli und eine der zugehörigen Verordnungen, nämlich diejenige über das beschleunigte Verfahren, gestützt auf die Übergangsbestimmungen, am 1. August in Kraft getreten.

Zu Beginn dieses Jahres hat das eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement den Entwurf zu einem Kernenergiehaftpflichtgesetz in die Vernehmlassung geschickt. Der Text sieht eine unbeschränkte Haftung des Inhabers einer Kernanlage, die Aufstockung der privaten, obligatorischen Versicherung durch eine Bundesdeckung bis zu einer Milliarde Franken, eine Verlängerung der Verjährungs- und Verwirkungsfristen sowie eine Haftungsverschärfung als wesentliche Neuerungen vor. Der VSE hat Ende April zu diesem Dokument ausführlich Stellung bezogen und darauf hingewiesen, dass bis anhin in keinem Land der westlichen Welt eine unbeschränkte Haftung für Kernanlagen besteht und kein Industriezweig und kein anderer Energieträger über einen derartigen Versicherungsschutz verfügt. Auch kann dem Gesetzesentwurf nicht entnommen werden, in welchem Ausmass dadurch die Stromproduktion in Kernkraftwerken finanziell zusätzlich belastet werden wird. Trotz diesen Feststellungen steht der VSE dem Gesetzesentwurf aber grundsätzlich positiv gegenüber.

Zum Abschluss meines kurzen Rückblickes sei die erfreuliche Tatsache festgehalten, dass das Kernkraftwerk Gösgen nach einem zeitraubenden und kostspieligen Bewilligungsverfahren den nuklearen Probetrieb am 20. Januar 1979 aufnehmen konnte. Innerhalb von knapp drei Monaten war die

plus tenté d'enlever à leurs adversaires la possibilité de s'exprimer, en essayant, par des interventions identiques dans différents parlements, de saper leur activité d'information. La bataille est jouée, mais il n'y a pas eu de vainqueur triomphant. Selon les règles démocratiques, l'initiative a été rejetée par le peuple, de justesse, et très nettement par les cantons. Compte tenu de la campagne passionnée précédant le vote, la participation au scrutin a plutôt été faible avec tout juste 50%, ce qui permet de penser que beaucoup de citoyens ont préféré rester à l'écart de cette guerre de religion. Malgré le rejet évident de l'initiative, la controverse a laissé des traces qu'on ne pourra effacer de sitôt, et souvent la minorité a malheureusement fait plus impression que la majorité.

Quelques semaines après cette votation se produisit le malheureux incident à la centrale nucléaire de Three Mile Island aux Etats-Unis. Les informations y relatives touchèrent une population sensibilisée au plus haut point. La question de la sécurité des centrales nucléaires revint sur le tapis. La façon dont furent traitées les informations favorisa toutes sortes de spéculations quant aux effets possibles. Aujourd'hui nous savons que l'incident fut la conséquence d'un enchaînement de défaillances techniques et d'erreurs humaines, et qu'il a causé une grande frayeur à la population locale. Nous savons toutefois aussi que malgré l'enchaînement de circonstances malheureuses le concept de sécurité a fonctionné comme on peut l'attendre de lui, et que l'incident a été loin d'une catastrophe nucléaire. On n'a constaté jusqu'aujourd'hui aucune lésion corporelle ni atteinte à la vie, et d'après des renseignements de source sûre il n'y a pas non plus lieu de s'attendre à des suites différées. En Suisse, lorsqu'il eut connaissance des événements de Harrisburg, le Conseil fédéral a aussitôt ordonné de réexaminer les centrales nucléaires suisses et d'interrompre les essais d'exploitation à Gösgen. Le rapport que l'autorité chargée de la sécurité a remis quelques semaines après au Conseil fédéral constate que, même compte tenu de l'incident de Harrisburg, on peut répondre de l'exploitation des centrales nucléaires suisses et que tout est prévu pour qu'un incident semblable soit pratiquement exclu chez nous. Il faut toutefois admettre qu'il subsiste un risque minime comme pour toute activité humaine. Mais comparé aux autres risques auxquels nous nous exposons tous les jours dans la plupart des cas volontairement, ce risque est infiniment petit.

Le 20 mai, le peuple a eu à se prononcer une deuxième fois sur un aspect de l'énergie nucléaire. Il s'agissait de la révision partielle de la loi existante sur l'énergie atomique, dont le nouveau texte avait été approuvé par le Parlement en automne 1978. La campagne précédant le vote n'a pas fait de grandes vagues, notamment du fait de la dominance du paquet financier. La révision partielle a été acceptée à une grande majorité. Le taux de participation au scrutin fut de 37 %. La loi révisée est entrée en vigueur le 1er juillet; l'une des ordonnances correspondantes, à savoir celle relative à la procédure accélérée en vertu des dispositions transitoires, est entrée en vigueur le 1er août.

Au début de cette année, le Département fédéral des transports et communications et de l'énergie a mis en consultation le projet d'une loi sur la responsabilité civile nucléaire. Le texte du projet de loi prévoit principalement comme nouveautés, une responsabilité illimitée de l'exploitant de l'installation nucléaire, la couverture des dommages par la Confédération au-delà de la couverture de l'assurance privée obligatoire et

Stufe von 80 % der Nennleistung erreicht. Abgesehen von Anpassungsarbeiten, wie sie bei derart komplexen Werken bei der Inbetriebnahme stets vorzunehmen sind, hat die Anlage alle Anforderungen bezüglich Technik und Sicherheit bestens erfüllt. Vor wenigen Tagen hat nun die Sicherheitsbehörde, die seit dem Zwischenfall von Harrisburg mit anderen Arbeiten zusätzlich belastet war, die Bewilligung zur Durchführung der restlichen Versuche mit Vollast erteilt, und die Aufnahme des Normalbetriebes darf in den nächsten Wochen erwartet werden. Allerdings sind von Gegnern der Kernenergie immer noch Beschwerden gegen die Betriebsbewilligung bei den Bundesbehörden hängig. Mit der geplanten Einsetzung von weiteren Experten beider Seiten wird die Sicherheit der Anlage nicht verbessert, hingegen das Vertrauen in die zuständigen Sicherheitsbehörden unnötig in Frage gestellt.

Die Auseinandersetzung um die Kernenergie hat uns beinahe vergessen lassen, dass unser grosses Energieproblem Erdöl und nicht Kernenergie heisst. Der drastische Anstieg der Preise auf dem Erdölmarkt hat aber zum zweiten Male nach 1973 daran erinnert, dass unsere Energieversorgung noch immer zu drei Vierteln auf Erdölprodukten beruht, dass wir keinerlei Einfluss auf die Preisbildung haben und dass wir demzufolge unsere einseitige Abhängigkeit durch viel mehr Sorgfalt im Umgang mit Energie und durch den Einsatz von anderen Energieträgern entscheidend verringern müssen. Es braucht keine hellseherischen Fähigkeiten, um für das kommende Jahrzehnt weitere Verschärfungen in unserer Ölversorgung vorauszusagen, denn wir verzehren eine Substanz, die nur in begrenzten Mengen vorhanden und dem politischen Kräftespiel in höchstem Masse ausgesetzt ist.

Der Bericht der GEK erhält unter diesem Gesichtspunkt eine noch erhöhte Bedeutung, und der VSE steht im Begriffe, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens dazu Stellung zu nehmen. Es darf schon heute festgehalten werden, dass der VSE in der Lagebeurteilung, in den Zielsetzungen und in bezug auf eine ganze Reihe vorgeschlagener Massnahmen weitgehend mit der Kommission übereinstimmt. Beim Sparen handelt es sich zunächst um einen Begriff, der leicht zu Missverständnissen führt. Sparen bei der Energie muss nämlich keineswegs Verzicht auf Komfort und liebgewordene Gewohnheiten oder gar Askese heissen, sondern sollte als bewusster und sinnvoller Umgang mit Energie umschrieben werden. Leider ist in unserer Bevölkerung noch sehr wenig Sinn für energetische Zusammenhänge vorhanden, und wir leiden an einem akuten Mangel an wirklich guten Beratern auf diesem Sektor. Das Energiesparen muss gelernt werden und sich in allererster Linie auf die grossen Verbraucher beziehen, das heisst auf Benzin und Heizöl oder besser gesagt auf das Autofahren, den Warmwasserverbrauch und die Raumheizung. Um aber bei der Wärme sparen zu können, braucht man zusätzlichen Strom für den Antrieb von Wärmepumpen, die Umwälzung von Wasser aus Sonnenkollektoren oder die Aufheizung von Boilern. So paradox es auch tönen mag: Zum Energiesparen braucht es zusätzlichen Strom. Es ist selbstverständlich, dass man auch mit dem Strom selbst als wertvollste Form von Energie sparsam umgehen soll, wie dies der VSE schon seit Jahren betont. Wie der GEK-Bericht aber sehr zutreffend feststellt, ist das Sparpotential beim Strom bedeutend kleiner als bei Benzin und Heizöl. Das fleissige Löschen jeder unnötig brennenden Lampe zeugt zwar von Sparsinn, hat aber sehr wenig Sparwirkung. Mit dem Einsatz von Elektrizität zur Ver-

jusqu'à concurrence d'un milliard de francs, la prolongation des délais de prescription et de péremption, ainsi qu'un renforcement de la responsabilité. L'UCS a pris position en détail à la fin d'avril au sujet de ce document, en signalant qu'il n'existe jusqu'à présent dans aucun pays du monde occidental une responsabilité illimitée pour installations nucléaires, et qu'il n'y a une protection d'assurance de cette envergure dans aucun autre secteur de l'industrie ni pour aucun autre agent énergétique. D'autre part, le projet de loi ne fait aucune allusion à l'importance de la charge financière qui en résulterait pour la production de l'électricité dans des centrales nucléaires. Malgré ces remarques, l'UCS se montre en principe favorable au projet de loi.

Pour terminer mes évocations rétrospectives, je citerai encore un fait réjouissant. La centrale nucléaire de Gösgen, après une interminable et coûteuse procédure d'autorisation, a pu commencer ses essais d'exploitation nucléaires le 20 janvier dernier. Après trois mois à peine la centrale a atteint 80 % de sa puissance. Mis à part quelques travaux d'adaptation qui sont chose courante pour des installations complexes de ce genre, la centrale a satisfait à toutes les exigences techniques et de sécurité. L'autorité chargée de la sécurité, qui depuis l'incident de Harrisburg était surchargée par d'autres tâches, vient d'autoriser il y a quelques jours la réalisation des essais restants à pleine charge. Ainsi la mise en service normal de la centrale devrait avoir lieu dans les prochaines semaines. Toutefois, il faut signaler que quelques recours de la part d'opposants à l'énergie nucléaire contre l'autorisation d'exploiter sont toujours en suspens auprès des autorités. Les experts supplémentaires qu'il est prévu de mettre en fonction des deux côtés n'ajouteront rien à la sécurité de l'installation; cela risque tout au plus de nuire à la confiance dans l'autorité qui contrôle la sécurité.

La controverse sur l'énergie nucléaire a failli nous faire oublier que notre grand problème énergétique est le pétrole et non l'énergie nucléaire. Les fortes hausses de prix sur les produits pétroliers nous ont rappelé pour la deuxième fois depuis 1973 que notre approvisionnement en énergie repose encore dans une proportion de trois quarts sur les produits pétroliers, que nous n'avons aucune influence sur les prix de ceux-ci, et que nous devons par conséquent réduire substantiellement notre dépendance unilatérale en utilisant l'énergie plus rationnellement et en développant l'usage d'autres agents énergétiques. Il n'est pas nécessaire d'être particulièrement perspicace pour prédire que nous aurons d'autres difficultés dans notre approvisionnement en produits pétroliers dans la prochaine décennie. Nous utilisons des ressources qui n'existent qu'en quantités limitées et qui de plus sont soumises au plus haut point au jeu de forces politiques.

De ce point de vue, le rapport final de la GEK prend encore plus d'importance. L'UCS va se prononcer à son sujet dans le cadre de la consultation officielle. Je peux déjà vous dire aujourd'hui que l'UCS partage dans une grande mesure les vues de la GEK en ce qui concerne l'analyse de la situation, les objectifs et toute une série de mesures proposées. La notion d'économies prête facilement à confusion. Economiser l'énergie ne signifie aucunement renoncer au confort et à des habitudes, et est encore moins synonyme d'ascétisme; cela signifie utiliser consciemment et judicieusement l'énergie. Notre population a malheureusement encore peu le sens de l'énergie, et nous manquons de bons conseillers dans ce domaine. Nous devons ap-

minderung des Ölkonsum wird gleichzeitig ein Beitrag zur Substitution, eine weitere wichtige Zielsetzung der GEK, geleistet. Die Elektrizität kann in dazu geeigneten Gebieten auch direkt oder über Speicher zur Raumheizung eingesetzt werden. Die Elektrizitätswerke erleben zurzeit als Folge der Ölpreise einen wahren Boom an entsprechenden Gesuchen und elektrische Heizöfen finden reissenden Absatz. Es gibt bereits Werke, die wegen der unkontrollierbaren «Steckdosen»-Heizung um die Leistungsfähigkeit ihrer Verteilnetze im kommenden Winter bangen. Diese Form der Substitution von Heizöl ist in vollem Gange, doch kann sie nur massvoll bewilligt und betrieben werden. Schliesslich gehört auch die Fernheizung, welche einmal Abwärme aus thermischen Kraftwerken nutzen könnte – sei es in der heissen oder lauwarmen Variante –, zu den Substitutionsformen, welche die Elektrizitätswerke unterstützen.

Dass das Forschen in allen Bereichen der Energie und das Vorsorgen mit zu den Zielsetzungen unserer Energiepolitik gehören, ist wohl unbestritten. Die Elektrizitätswirtschaft kann überzeugend nachweisen, dass sie diesen Tätigkeiten seit jeher grosse Aufmerksamkeit geschenkt hat.

So konnte der Nationale Energie-Forschungs-Fonds (NEFF) in diesem Frühjahr seinen ersten ausführlichen Tätigkeitsbericht vorlegen und zeigen, wie vielfältig die Forschungstätigkeiten sind, die er finanziell unterstützt. Sein Budget beträgt rund 14 Millionen Franken pro Jahr, und diese Summe wird von Erdöl, Kohle und Elektrizität anteilmässig und freiwillig aufgebracht. Der NEFF ist ein glänzendes Beispiel dafür, wie bei uns eine nationale Aufgabe nach dem Milizsystem mit einer minimalen Administration und praxisbezogen angepackt werden kann.

Ohne der formellen Stellungnahme zum GEK-Bericht vorzugreifen, darf ich doch verraten, dass der VSE sich schwerlich mit einem Energieartikel in der Bundesverfassung und einer allfälligen Energiesteuer wird befrenden können. Gerade die Elektrizitätswirtschaft mit ihrer vielfältigen föderalistischen Struktur weiss, wie wichtig es ist, dass energiepolitisch relevante Entscheidungen von der lokalen und regionalen Bevölkerung verstanden, akzeptiert und mitgetragen werden. Dazu bedarf es aber Massnahmen, die den örtlichen Gegebenheiten angepasst sind. Ein Verfassungsartikel birgt stets die Gefahr zentralistischer Dekrete in sich, die der Vielfalt unseres Landes schlecht Rechnung tragen. Auch ist zu vermerken, dass die heute bereits vorhandenen Möglichkeiten in der Gesetzgebung der Kantone noch längst nicht ausgeschöpft, geschweige denn angewandt werden. Wir vermuten, dass das hier verborgene Potential wesentlich grösser ist als man im allgemeinen annimmt. Schliesslich haben die heutigen Preise auf dem Erdölsektor innert kürzester Frist Wirtschaftlichkeitsrechnungen grundlegend verändert. Massnahmen, die man noch vor kurzem mühsam mit Gesetzen und Vorschriften glaubte erzwingen zu müssen, sind heute aus wirtschaftlichen Gründen von selbst in Gang gekommen. Und wer vermöchte es, auf die heutigen Preise von Benzin und Heizöl noch eine zusätzliche Energiesteuer aufzupropfen?

Die Rolle der Elektrizitätswerke im Rahmen unserer Energieversorgung wird heute vielerorts nicht mehr richtig verstanden. Die Karikaturen und Zerrbilder, die vor allem im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Kernenergie, aber auch im Bereich des Leitungsbaues und anderen Tätigkeiten von unserer Branche gezeichnet wurden, haben

prendre à économiser l'énergie. Ce sont les gros consommateurs qui doivent commencer à économiser, c'est-à-dire les utilisateurs de mazout et d'essence. En d'autres termes, il faut commencer à économiser dans la circulation routière, dans le domaine du chauffage des locaux et de l'eau chaude sanitaire. Pour pouvoir économiser dans les applications thermiques, on a toutefois besoin d'énergie électrique supplémentaire pour entraîner des pompes à chaleur, pour faire circuler l'eau des collecteurs solaires ou pour faire fonctionner des chauffe-eau. Bref, si paradoxal que cela puisse paraître: pour économiser de l'énergie il faut plus d'électricité. Il va sans dire que nous devons aussi utiliser rationnellement l'électricité, la forme d'énergie la plus précieuse, comme l'UCS le conseille depuis des années déjà. Ainsi que la GEK le mentionne pertinemment dans son rapport, le potentiel d'économies dans le domaine de l'électricité est nettement moins important que dans celui de l'essence et du mazout. Eteindre systématiquement toute lampe inutilement allumée témoigne certes d'un esprit économe, mais l'effet d'économie est insignifiant. En employant l'électricité pour réduire la consommation de mazout, on contribue en même temps à la substitution, un autre objectif majeur de la GEK. Dans les régions qui s'y prêtent, l'électricité peut être utilisée pour le chauffage des locaux, soit par système direct soit par système à accumulation. Par suite du renchérissement du mazout, les entreprises d'électricité sont actuellement presque submergées de demandes de raccordement de chauffages électriques, et les radiateurs électriques mobiles se vendent comme des petits pains. Certaines entreprises d'électricité craignent déjà que l'utilisation excessive de petits appareils ne surcharge leurs réseaux l'hiver prochain. La substitution de l'électricité au mazout est déjà bien lancée, mais l'installation et l'utilisation du chauffage électrique ne peuvent être autorisées qu'avec mesure. Parmi les possibilités de substitution soutenues par les entreprises d'électricité figure aussi le chauffage à distance, qui pourrait valoriser les rejets de chaleur des centrales thermiques (eau tiède de 30 °C ou eau chaude).

Personne ne conteste que la recherche dans tous les domaines de l'énergie ainsi que la prévoyance font partie des objectifs de notre politique énergétique. L'économie électrique peut prouver de façon convaincante qu'elle a depuis toujours accordé beaucoup d'attention à ces deux questions.

Ainsi, le Fonds national pour la recherche énergétique (NEFF), en publiant ce printemps son premier rapport d'activité détaillé, a présenté les projets de recherche très divers qu'il soutient financièrement. Son budget atteint 14 millions de francs par an. Cette somme est versée volontairement par les économies pétrolière, charbonnière et électrique proportionnellement à leur importance. Le NEFF est un exemple éclatant de la façon dont nous pouvons assumer une tâche nationale selon un système de milice, avec un minimum d'administration et au plus près des réalités.

Sans vouloir devancer la prise de position officielle, je peux néanmoins vous faire savoir que l'UCS pourra difficilement admettre un article constitutionnel sur l'énergie et un éventuel impôt sur l'énergie. L'économie électrique précisément, avec sa structure fédéraliste diversifiée, sait combien il est important que les grandes décisions de politique énergétique soient comprises, acceptées et soutenues par la population locale et régionale. Cela exige toutefois des mesures adaptées aux conditions locales. Un article constitutionnel laisse la porte ouverte à des décrets centralisateurs ne tenant guère compte de la diversité

Eindrücke hinterlassen, die einer kräftigen Korrektur bedürfen. Die windschiefe Gedankenkette «Energie gleich Strom gleich Kernkraftwerk» ist ebenso verbreitet wie die Meinung, die Elektrizitätswerke seien reiche, anonyme Mächte, ausschliesslich an einer dauernden Erhöhung ihres Umsatzes interessiert und kümmern sich nicht um die öffentliche Meinung. Demgegenüber ist einmal mehr daran zu erinnern, dass sich der weitaus überwiegende Teil der schweizerischen Elektrizitätsunternehmungen in der einen oder anderen Form im Besitze der öffentlichen Hand befindet. Von den rund 20000 Angestellten, die unsere Branche beschäftigt, sind daher ein grosser Teil Beamte von Gemeinden und Kantonen oder von öffentlich-rechtlichen Institutionen. Alle diese Personen sind in irgendeiner Weise an der Lösung einer einzigen gemeinsamen Aufgabe beteiligt, nämlich, dafür zu sorgen, dass in der ganzen Schweiz zu jeder Zeit an jeder Steckdose und an jedem Schalter der gewünschte Strom ausreichend und sicher zur Verfügung steht.

Den Gebrauch dieser Energieform nimmt jedermann, auch der vehementeste Kernkraftgegner, mit der grössten Selbstverständlichkeit in Anspruch. Niemand stösst sich am Gebrauch dieser öffentlichen Dienstleistung, und die Bezahlung der damit verbundenen Kosten von 1 bis 2 Franken pro Haushalt und Tag erfolgt kommentar- und problemlos. Die Elektrizitätswerke stehen daher unter dem dauernden Diktat des Konsumverhaltens ihrer Abonnenten. Diese allein sind es, die den Verbrauch und seine Zunahme bestimmen. Die Erfahrung zeigt, dass die Elektrizitätswerke weder über Empfehlungen, noch Tarifgestaltung, noch Vorschriften wesentlichen Einfluss auf dieses Verhalten ausüben vermögen. Wie die Elektrizitätswerke mit einem Schuldenberg von 15 Milliarden Franken zu den Reichen gehören sollen, ist schleierhaft und die Verantwortlichen unterstehen bekanntlich Gesetzen und Vorschriften, die jede Anonymität ausschliessen.

Die Elektrizitätswerke haben es bisher verstanden, in eigener Verantwortung und auf eigenes Risiko die notwendigen Kraftwerke, Übertragungsleitungen und Verteilanlagen rechtzeitig bereitzustellen und in Betrieb zu nehmen, so dass sie ihre Aufgabe klaglos erfüllen konnten. Um das Verständnis für seine Anliegen zu fördern, hat der VSE bereits im Jahre 1975 seine energiepolitischen Zielsetzungen in fünf Thesen mit zugehörigem Kommentar formuliert. Ich lege Wert auf die Feststellung, dass diese Zielsetzungen auch heute noch ihre volle Gültigkeit haben und auch sehr wohl in das Gesamtenergiekonzept der GEK passen. Der Kommentar in bezug auf den Ausbau der Wasserkraft ist selbstverständlich sinngemäss und nicht absolut zu verstehen: Entscheidend ist die Tatsache, dass die noch erzielbare Produktionssteigerung zwar höchst willkommen ist, im Vergleich mit dem zukünftigen Bedarfszuwachs jedoch kaum ins Gewicht fällt. Durch Erneuerung und Höherstau bestehender Anlagen sowie durch einige Neubauten lässt sich bis zur Jahrhundertwende eine Mehrproduktion von jährlich höchstens 3 Milliarden kWh herausholen, was ungefähr einem Zehntel des letztjährigen Inlandverbrauchs entspricht.

Elektrizität lässt sich grundsätzlich aus jeder Form von Primärenergie herstellen und die Elektrizitätswerke sind an sich in der Auswahl völlig frei. Bis vor zehn Jahren wurden in unserem Lande praktisch ausschliesslich Wasserkraftwerke gebaut. Damit sind wir heute mit wenigen Ausnahmen am Ende. Im Hinblick auf die heutige Lage auf dem Ölmarkt dürfen wir

de notre pays. Il faut aussi remarquer que les possibilités existantes données par les législations cantonales ne sont de loin pas encore utilisées et guère appliquées. Nous présumons que le potentiel caché ici est bien plus important qu'on ne le suppose généralement. Les prix actuels des produits pétroliers ont d'ailleurs modifié fondamentalement en très peu de temps les calculs de rentabilité. Tandis qu'il n'y a pas longtemps encore on croyait devoir imposer des mesures à force de lois et de prescriptions, elles sont aujourd'hui appliquées volontairement pour des raisons économiques. Qui donc parviendrait à grever encore d'un impôt les prix actuellement déjà élevés de l'essence et du mazout?

Le rôle des entreprises d'électricité dans notre approvisionnement en électricité n'est aujourd'hui souvent plus compris correctement. Les images caricaturales propagées surtout dans le cadre de la controverse sur l'énergie nucléaire, mais également en relation avec la construction de nouvelles lignes électriques et avec d'autres activités de notre branche, ont laissé des impressions fausses qui doivent absolument être corrigées. La relation qu'on fait entre énergie, électricité et centrale nucléaire est tout aussi répandue que l'opinion selon laquelle les entreprises d'électricité sont des puissances riches et anonymes, ne cherchant qu'à augmenter toujours davantage leur chiffre d'affaires et faisant fi de l'opinion publique. A cet égard, il convient de rappeler une fois de plus que la majeure partie des entreprises d'électricité suisses sont, sous une forme ou une autre, dans les mains des pouvoirs publics. C'est ainsi que sur les quelque 20000 collaborateurs occupés dans notre branche, une grande partie sont des fonctionnaires de communes, de cantons ou d'institutions de droit public. Tous ces gens contribuent d'une façon ou d'une autre à la tâche commune unique qui consiste à assurer que dans toute la Suisse l'électricité nécessaire soit toujours disponible en quantité suffisante, à chaque prise de courant et à chaque commutateur.

Chacun utilise cette forme d'énergie de la façon la plus naturelle du monde, même l'adversaire le plus farouche de l'énergie nucléaire. Personne ne répugne ce service public, et tous en payent sans rechigner le prix de 1 à 2 francs par ménage et par jour. C'est dire que les entreprises d'électricité en sont réduites à répondre aux exigences de leurs abonnés. Eux seuls déterminent la consommation d'électricité et son augmentation. L'expérience montre que les entreprises d'électricité ne parviennent à influencer sensiblement sur le comportement des usagers ni au moyen de recommandations, ni de prescriptions, ni de mesures tarifaires. Avec une dette de 15 milliards de francs, les entreprises d'électricité peuvent difficilement être qualifiées de riches. On sait aussi que leurs dirigeants ont à obéir à des lois et des prescriptions, ce qui exclut toute anonymité.

Les entreprises d'électricité ont jusqu'à présent toujours su réaliser et mettre en service à temps, sous leur propre responsabilité et à leurs propres risques et périls, les centrales, lignes électriques et installations de transport et de distribution nécessaires, si bien qu'elles purent accomplir leur tâche sans susciter de plaintes. Pour une meilleure compréhension de ses préoccupations, l'UCS a formulé déjà en 1975 ses objectifs de politique énergétique en cinq thèses avec commentaires à l'appui. J'insiste sur le fait que ces objectifs sont toujours entièrement valables aujourd'hui et qu'ils cadrent parfaitement avec la conception globale de l'énergie de la GEK. Le commentaire relatif au développement des moyens de production hydrauliques doit bien entendu être compris dans le sens de son idée fondamen-

uns glücklich schätzen, nur über ein einziges Ölkraftwerk mit namhafter Leistung zu verfügen. Weil der Konsum aber weiter zunimmt, brauchen wir weitere Kraftwerke. Die heutige Technik bietet uns nebst dem Erdöl Kohle, Erdgas und Kernenergie als primäre Energieträger an. Auf Grund unserer Kenntnisse waren wir vor zehn Jahren und sind noch heute überzeugt, dass die Kernenergie die beste Wahl ist. An sich wäre es ja viel bequemer und populärer, auf den Bau von Kernkraftwerken zu verzichten, und am schönsten wäre es, wenn der Stromkonsum überhaupt nicht mehr ansteigen würde. Wir könnten uns auf Betrieb und Unterhalt der bestehenden Anlagen und gelegentliche Erneuerung von überalterten Werken beschränken. Die Verantwortlichen der Elektrizität hätten wahrlich ruhigere Zeiten!

Leider ist die Aussicht auf eine solche Entwicklung gering, selbst wenn sie von gewissen Kreisen propagiert wird. Die Tatsachen der Bedarfsentwicklung zwingen uns vorzusorgen und unserer Versorgungsaufgabe auch in Zukunft gewissenhaft nachzuleben, wenn wir uns nicht dem Abenteuer unkontrollierbarer Mangellagen aussetzen wollen. Wir stehen daher mit Überzeugung für einen massvollen und möglichst sicheren Einsatz der Kernenergie ein, nur weil uns zurzeit nichts Besseres zur Verfügung steht. Fern ist uns die Förderung der Kernenergie als Selbstzweck oder gar als Mittel zur Erzielung kommerzieller Gewinne. Sollte unsere Bevölkerung je dem Bau von Kohlekraftwerken in der Schweiz den Vorzug geben, so könnten wir unsere Aufgabe durchaus auch mit diesem Produktionsmittel lösen. Es wäre vielleicht nützlich, wenn der Öffentlichkeit einmal ein solches Projekt mit allen Konsequenzen vorgestellt würde. Vor die Alternative Kohle oder Kernkraft gestellt, dürfte die Kohle in unserem Land aus Gründen des Umweltschutzes allerdings kaum einen leichteren Stand als die Kernkraft haben.

Mit der Annahme der Revision des Atomgesetzes hat der Souverän einem massvollen Ausbau der Kernenergie zugestimmt unter Anwendung sehr weitgehender Mitbestimmungsrechte politischer Behörden und der Bevölkerung. Mit diesem Gesetz tragen nun erstmals in der Geschichte der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft Bundesrat und Parlament mit an der Verantwortung für eine sichere Landesversorgung mit Elektrizität. Während es bisher der Entscheidung einzelner Elektrizitätsunternehmungen überlassen war, neue Produktionsanlagen zu planen, zu bauen oder sich an solchen zu beteiligen und diese bei Erfüllung aller behördlichen Vorschriften einen Anspruch auf eine Bau- und Betriebsbewilligung hatten, kann neuerdings das Parlament aus rein politischen Gründen einen Neubau verbieten. Selbstverständlich bleibt es Sache der Elektrizitätswirtschaft, den Bau notwendiger Kernkraftwerke zu beantragen – für die Folge allfälliger Verweigerungen wird sie aber nicht einstehen können.

In Anwendung der neuen Bestimmungen des Atomgesetzes haben die zehn grössten Elektrizitätsunternehmungen soeben eine Vorschau auf die Elektrizitätsversorgung der kommenden zehn Jahre verfasst, und die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG hat diese Grundlage verwendet für den für dieses Projekt noch zu erbringenden Bedarfsnachweis. Das Dokument wurde den zuständigen Bundesbehörden unterbreitet, womit das gesetzlich vorgesehene Verfahren eingeleitet ist. Die beteiligten Werke haben sich grösste Mühe gegeben, die verschiedensten Einflüsse, die die Entwicklung des Stromkonsums bestimmen, zu gewichten und gelangen auf anderem Wege zu Schlussfolge-

tale und nicht textuell. Il faut retenir à ce propos que toute production hydraulique supplémentaire réalisable est la bienvenue, mais que l'apport est plutôt insignifiant par rapport à l'augmentation future de la consommation d'électricité. La rénovation d'aménagements existants, le relèvement du niveau de certains bassins d'accumulation et la construction de quelques nouvelles centrales permettront d'obtenir vers la fin du siècle une production annuelle supplémentaire de tout au plus 3 milliards de kWh, ce qui correspond environ à un dixième de la consommation de l'année passée.

L'électricité peut en principe être produite à partir de chaque forme d'énergie primaire, et les entreprises d'électricité sont en soi libres de choisir. Jusqu'il y a dix ans on n'a pratiquement construit en Suisse que des centrales hydrauliques. Aujourd'hui les possibilités sont à quelques exceptions près épuisées. Compte tenu de la situation actuelle du marché du pétrole, nous pouvons nous estimer heureux de ne disposer que d'une seule centrale à huile lourde de grande puissance. Toutefois, la consommation d'électricité continuant d'augmenter, nous avons besoin d'autres centrales. Mis à part le pétrole, la technique actuelle nous permet d'exploiter comme agents énergétiques primaires le charbon, le gaz naturel et l'énergie nucléaire. Compte tenu de nos connaissances, nous étions il y a dix ans et sommes encore aujourd'hui convaincus que l'énergie nucléaire est le meilleur choix possible. Il serait en soi plus commode et plus populaire de renoncer à construire des centrales nucléaires, et le mieux serait que la consommation d'électricité cesse complètement de croître. Nous pourrions alors nous contenter d'exploiter et d'entretenir les installations existantes et de renouveler à l'occasion les centrales ou équipements vieillissants. Les responsables de l'électricité vivraient en vérité des temps plus paisibles!

La perspective d'une telle évolution est malheureusement assez improbable, même si certains milieux l'annoncent. La réalité que la consommation augmente nous oblige à prendre nos dispositions pour l'avenir et à continuer à prendre au sérieux notre mission d'approvisionnement si nous ne voulons pas aller au-devant de pénuries d'électricité. C'est pourquoi nous sommes convaincus qu'il faut recourir à l'énergie nucléaire dans la mesure où c'est nécessaire, pour la seule raison qu'il n'existe pas de meilleure solution pour le moment. Nous ne considérons pas l'énergie nucléaire comme un but en soi, voire comme un moyen de réaliser des bénéfices. Si le peuple suisse devait préférer la construction de centrales à charbon, nous pourrions parfaitement remplir notre tâche avec de tels moyens de production. Il serait peut-être utile de présenter au public un tel projet en lui exposant toutes ses conséquences. Face à l'énergie nucléaire, le charbon ne serait en Suisse guère mieux placé du point de vue écologique.

En acceptant la révision partielle de la loi sur l'énergie atomique, le souverain a approuvé l'utilisation de l'énergie nucléaire, en ménageant un droit de consultation élargi aux autorités politiques et à la population. Par cette loi, le Conseil fédéral et le Parlement portent pour la première fois dans l'histoire suisse de l'économie électrique une part de responsabilité en ce qui concerne l'approvisionnement du pays en électricité. Jusqu'à présent, les entreprises d'électricité étaient entièrement libres de projeter et de construire de nouveaux moyens de production ou de participer à de tels. Après avoir satisfait à toutes les prescriptions officielles, elles avaient droit à l'autorisation de construire et à celle d'exploiter. Désormais toutefois, le Par-

rungen, die jenen der GEK sehr ähnlich sind. Sofern Gösgen im nächsten Monat endlich den Normalbetrieb aufnehmen darf und Leibstadt plangemäss folgt, so dürfte unsere Stromversorgung laut diesem Bericht mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 % bis etwa Mitte der achtziger Jahre sichergestellt sein. Dann aber sollte ein neues Kraftwerk den Betrieb aufnehmen, sofern unsere Versorgungssicherheit sich nicht in gefährlicher Weise verschlechtern soll. Die Elektrizitätswirtschaft hat die nötigen Dokumente zum Nachweis dieses Bedarfes auf den Tisch gelegt. Es ist Sache der Politik, diese zu werten und über das Schicksal des Projektes von Kaiseraugst zu entscheiden. Die am Projekt beteiligten Partner, die gesamte Elektrizitätswirtschaft, die Kantone Aargau und beide Basel sowie die betroffene Bevölkerung haben Anspruch auf einen baldigen Entscheid durch das Parlament. Eine Fortsetzung der beliebten Politik der Verzögerung mit Hilfe von Kommissionen und weiteren Gutachten würde kaum mehr verstanden. Nachdem aber weder das Kernkraftwerk Kaiseraugst noch allenfalls jenes von Graben selbst bei schnellen Entscheidungen auf Mitte der achtziger Jahre in Betrieb gehen könnten, nähern wir uns mit raschen Schritten einem «hausgemachten» Versorgungsengpass, aus welchem wir uns dannzumal nicht so schnell wieder herausfinden werden. Dies um so mehr, als bereits der kommende Winter einen Konsumanstieg zu bringen verspricht, der die Prognose erheblich übertreffen könnte.

Ein weiteres Politikum aus dem Bereich der Kernenergie wird demnächst von unseren Bundesbehörden grösste Anstrengungen erfordern: Es handelt sich um die Endlagerung der radioaktiven Abfälle, welche aus unseren Kernkraftwerken, aber auch aus Industrie und Medizin, in den neunziger Jahren anfallen. Die Technik der einwandfreien Einschmelzung in Glas ist erprobt und wird industriell betrieben. Geeignete Lagerstätten sind in unserem Lande zu finden. Es bedarf aber des politischen Willens, solche irgendwo in unserem Land unter Gewährung höchster Sicherheit für die Bevölkerung zu bauen und zu betreiben. Wir können uns von der Lösung dieses Problems auf keine Weise dispensieren. Ob mit oder ohne neue Kernkraftwerke brauchen wir ein Endlager für diese Materialien. Die kommenden grossen Anstrengungen der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (NAGRA), an welcher auch der Bund beteiligt ist, müssen mit allen Kräften und vor allem politisch unterstützt werden.

Wie auch immer die Zukunft sich entwickeln möge, wir werden über eine lange Zeitspanne nicht mehr ohne Kernenergie auskommen. Sie ist heute schon im täglichen Einsatz und wird es mit der regulären Betriebsaufnahme in Gösgen und Leibstadt noch mehr sein. Folglich müssen wir lernen, mit dieser Energiequelle zu leben, wir müssen ihr die besten Seiten – und sie hat deren viele – abgewinnen und die Probleme, die sie stellt, zuverlässig und sicher lösen. Dazu gehört eine beharrliche, kontinuierliche Informations- und Aufklärungstätigkeit. Diese muss offen, leicht verständlich und glaubwürdig sein, und ihr gehört im Pflichtenheft jeder Unternehmensleitung eine der höchsten Prioritäten. Vor allem aber sollte das konkrete Verhalten jedes einzelnen Elektrizitätswerkes mit seinen Aussagen stets übereinstimmen – das ist eine Anforderung, deren Erfüllung oft schwerfällt. Weil die Elektrizitätswirtschaft aber zum weitaus grössten Teil der öffentlichen Hand gehört, wird sie stets auf die Zustimmung durch die öffentliche Meinung angewiesen sein.

lement peut, pour des motifs purement politiques, interdire la construction d'une nouvelle centrale. Il appartient bien sûr à l'économie électrique de requérir l'autorisation de construire pour les centrales nucléaires nécessaires; mais elle ne pourra pas assumer la responsabilité pour les conséquences d'éventuels refus d'autorisation.

Conformément aux nouvelles dispositions de la loi sur l'énergie atomique, les dix plus grandes entreprises d'électricité suisses viennent d'achever un rapport sur les perspectives d'approvisionnement de la Suisse en énergie électrique pour les dix prochaines années. La société Energie nucléaire de Kaiseraugst SA s'est basée sur ce document pour la preuve du besoin qu'elle doit apporter pour son projet. La demande de permis a été remise aux autorités fédérales compétentes, et la procédure prévue par la loi est ainsi engagée. Les entreprises qui ont participé à l'étude ont eu soin de tenir compte du plus grand nombre de facteurs possibles déterminant l'évolution de la consommation d'électricité. Elles sont parvenues, par des voies différentes, à des conclusions assez semblables à celles de la GEK. A condition que la centrale nucléaire de Gösgen soit enfin autorisée le mois prochain à être mise en service commercial et que celle de Leibstadt soit réalisée selon le programme, notre approvisionnement en énergie électrique devrait, selon le rapport, être assuré avec une probabilité de 95 % jusque vers le milieu des années 1980. Alors, une nouvelle centrale devrait entrer en service, si nous ne voulons pas que notre sûreté d'approvisionnement devienne trop précaire. L'économie électrique a fourni les documents nécessaires prouvant le besoin. Il appartient maintenant aux milieux politiques de les apprécier et de décider quant au sort du projet de Kaiseraugst. Les partenaires du projet, toute l'économie électrique, les cantons d'Argovie et des deux Bâles, ainsi que la population concernée ont droit à une prompte décision du Parlement. On n'aurait plus guère de compréhension pour une poursuite de la chère politique de retardement à grand renfort de commissions et d'expertises. Mais comme ni la centrale nucléaire de Kaiseraugst ni éventuellement celle de Graben ne pourraient entrer en service vers le milieu des années 1980, pas même dans le cas de décisions rapides, nous nous acheminons à grands pas vers une pénurie d'électricité que nous aurons «fabriquée» nous-mêmes et qui ne nous lâchera plus de sitôt. Cela d'autant plus que l'hiver prochain déjà promet une augmentation de la consommation d'électricité qui pourrait considérablement dépasser les prévisions.

Une autre question politique encore du domaine de l'énergie nucléaire devra prochainement être traitée par nos autorités fédérales: il s'agit de l'entreposage final des déchets radioactifs provenant de nos centrales nucléaires mais aussi de l'industrie et de la médecine, et que nous aurons à éliminer dans les années 1990. La technique de l'enrobage dans du verre a fait ses preuves et est pratiquée industriellement. En Suisse, on peut trouver des lieux de stockage appropriés garantissant une parfaite sécurité à la population. Les politiciens doivent toutefois consentir à leur aménagement et à leur exploitation. Nous ne pourrions d'aucune manière esquiver ce problème. Nous aurons besoin d'un stockage final pour ces matières, que nous construisions ou non de nouvelles centrales nucléaires. Les efforts qu'aura à fournir prochainement la Coopérative nationale pour l'entreposage des déchets radioactifs (CEDRA), à laquelle participe la Confédération, doivent être pleinement soutenus, notamment au niveau politique.

Die Elektrizitätswirtschaft steht im Begriffe, ihre Strukturen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit zu straffen, um in Zukunft auf diesem wichtigen Sektor noch besser als bisher handeln zu können. Dabei wird es auch darum gehen, den Problemen der Kernenergie den richtigen Stellenwert zuzuweisen und die Brücke zur Steckdose, die jedermann gerne in Anspruch nimmt, zu schlagen.

Der VSE hat im vergangenen Jahr seine Kurse für die Mitgliedwerke über die Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit fortgesetzt und will diese auch in Zukunft fortführen. Sie haben sich zu einem wertvollen Ort der Begegnung und des Meinungsaustausches unter Werken verschiedenster Prägung entwickelt. Ich möchte heute die anwesenden Werkvertreter bitten, diesen Veranstaltungen auch in Zukunft die gebührende Beachtung zu schenken.

Ihr Vorstand hat sich kürzlich auch mit dem Problem befasst, wie der Kontakt zwischen ihm und den Mitgliedwerken verstärkt werden könnte. Wir prüften verschiedene Ideen, doch wollen wir alles vermeiden, was zur Schwerfälligkeit führen müsste. Zurzeit denken wir vor allem daran, einzelnen Vorstandsmitgliedern eine vermehrte Vermittlerrolle zu ihnen nahestehenden Mitgliedergruppen zuzuweisen, wobei sich diese Art der Tätigkeit nur auf besonders wichtige Geschäfte beziehen würde. In einem möglichst pragmatischen Vorgehen sollen bereits bestehende und neue Kontakte auf ihre Brauchbarkeit für diese Zwecke geprüft werden.

Das abgelaufene Jahr hat unseren Verband vor ungewohnte und schwierige Aufgaben gestellt. Die Vielzahl der behandelten Probleme und das exponierte Parkett der Öffentlichkeitsarbeit haben hohe Anforderungen an alle Beteiligten gestellt. Es liegt mir deshalb ganz besonders daran, den Mitgliedwerken für ihre Mitarbeit und ihr wohlwollendes Verständnis für die Belange des Verbandes bestens zu danken. Mein Dank richtet sich aber auch an alle Mitglieder von Kommissionen, die durch ihre Arbeit wesentlich mitgeholfen haben, verschiedenste Probleme zu bearbeiten und fundierte Stellungnahmen auszuarbeiten. Ich möchte aber auch in Ihrem Namen Herrn Dr. Keppler und seiner Equipe für den geleisteten Einsatz meinen verbindlichen Dank aussprechen. Die Vielfalt der Probleme und die hohe Aktualität rund um alle Energiefragen haben hohe Ansprüche an die Leistungsfähigkeit der Direktion und des Sekretariates gestellt. Wir sind froh, über eine derart gut funktionierende Geschäftsstelle zu verfügen und werden uns auch im kommenden Jahr kräftig auf sie abstützen.

Adresse des Autors

H. von Schulthess, Direktor des Elektrizitätswerkes der Stadt Zürich, Beatenplatz 2, 8023 Zürich.

Quelle que soit l'évolution future, nous ne pourrions plus nous passer de l'énergie nucléaire avant longtemps. Elle est aujourd'hui déjà utilisée quotidiennement et le sera encore davantage une fois que les centrales nucléaires de Gösgen et de Leibstadt seront en service régulier. Il nous faut donc apprendre à vivre avec cette source d'énergie. Elle offre beaucoup de possibilités. Nous devons en tirer le meilleur parti et résoudre les problèmes qu'elle pose. Cela suppose aussi une bonne information continue. Celle-ci doit être franche, compréhensible et digne de foi. Toute direction d'entreprise d'électricité doit la considérer comme une des tâches prioritaires. De plus, chaque entreprise d'électricité doit veiller à ce que ses informations correspondent toujours à la réalité; c'est très important, même si cela peut en coûter. Etant donné que l'économie électrique appartient en majeure partie aux pouvoirs publics, il lui faudra toujours obtenir l'approbation de l'opinion publique.

L'économie électrique procède actuellement à une réorganisation structurelle dans le domaine des relations publiques, afin d'augmenter l'efficacité de ses activités d'information. Il s'agira également à ce sujet de définir de quelle façon devra se faire l'information sur les questions relatives à l'énergie nucléaire. Cette information devra en tout cas faire comprendre le lien qui existe entre les centrales nucléaires et la prise de courant sur laquelle chacun «se branche».

L'UCS a de nouveau organisé l'année passée des séminaires sur les relations publiques, et elle a l'intention de les poursuivre à l'avenir. Ces séminaires sont devenus une intéressante possibilité de rencontre et d'échange de vues pour les collaborateurs d'entreprises d'électricité. Je profite de cette occasion pour prier les représentants d'entreprises présents ici de bien vouloir continuer à accorder à ces manifestations l'attention nécessaire.

Le Comité de l'UCS a dernièrement examiné la façon dont il pourrait améliorer le contact avec les entreprises membres. Nous avons examiné différentes idées et essayerons de trouver des solutions pratiques. Nous pensons pour le moment principalement à une solution consistant à élargir le rôle d'intermédiaire que jouent certains membres du Comité vis-à-vis de groupes d'entreprises qui leur sont proches, leur activité devant toutefois se limiter à des affaires particulièrement importantes. Il est d'abord prévu d'examiner le fonctionnement des relations existantes et à établir.

L'année passée notre organisation a été confrontée à des tâches difficiles et inhabituelles. Compte tenu de la multitude des problèmes à traiter et du «terrain glissant» des relations publiques, tous ont eu à fournir de gros efforts. C'est pourquoi je tiens à remercier vivement les entreprises d'électricité pour leur coopération et leur compréhension pour les préoccupations de l'UCS. Je remercie également tous les membres des commissions, qui par leur travail nous ont grandement aidé à mener à bien de multiples tâches et à préparer différentes prises de position. Je tiens enfin à remercier en votre nom M. Keppler et son équipe pour l'excellent travail fourni. La diversité des problèmes et l'urgence de toutes les questions relatives à l'énergie ont exigé de la Direction et du Secrétariat un grand engagement. Nous sommes heureux de disposer d'une organisation fonctionnant efficacement, et nous allons à nouveau fermement nous appuyer sur elle dans l'année qui vient.

Adresse de l'auteur

H. von Schulthess, directeur du Service de l'électricité de la ville de Zurich, Beatenplatz 2, 8023 Zurich.